



Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Nr. 16 - Mainz, 8. Juni 2012

MP Beck: Bepo Schifferstadt wird geschlossen!

„Die Enttäuschung sitzt natürlich tief“ mit diesem kurzen Kommentar umschreibt GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach in einer ersten Reaktion das Gespräch mit Ministerpräsident Kurt Beck (SPD). Am späten Mittwochnachmittag übergab Scharbach mit einer GdP-Delegation und der Bürgermeisterin der Stadt Schifferstadt, Ilona Volk (Bündnis 90/Die Grünen), die 14.000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen eine Schließung der Bepo-Liegenschaft in Schifferstadt richteten, in der Mainzer Staatskanzlei.

MP Kurt Beck betonte ausdrücklich gegenüber der GdP, dass er die Entscheidungsgrundlagen von Innenminister Roger Lewentz (SPD) vor dem Gespräch nochmals geprüft habe. Der gesamte Landeshaushalt habe Einsparauflagen zu erbringen. Genau hier habe das Innenressort nach Auffassung des Ministerpräsidenten klare Fakten- und solide Berechnungsgrundlagen bei der Entscheidungsfindung zu Grunde gelegt. Sorgfältig seien dabei auch die Sicherheitsaspekte geprüft worden und man halte deshalb die Schließung der BP-Liegenschaft Schifferstadt für vertretbar. MP Beck sieht derzeit keinen Grund die Ressortentscheidung seines Ministers erneut zu überprüfen oder sogar zurückzunehmen.



v.l.n.r.: Alfried Cuidon, Ernst Scharbach, MP Kurt Beck, Helmut Knerr, Bürgermeisterin Ilona Volk

Die GdP unterstrich nochmals ihre Forderung zu einer sicherheitspolitischen Analyse unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten mit möglicher Folgeabschätzung zu dieser für die Polizei einschneidenden Maßnahme. „Die Bereitschaftspolizei war bisher in den fünf Polizeipräsidien mit einer BP-Liegenschaft direkt integriert. Das war gut so. Die von uns befürchteten Auswirkungen für das bevölkerungsreichste Gebiet in Rheinland-Pfalz haben wir als GdP in den letzten Monaten ausführlich artikuliert.“ so Scharbach weiter.

Einspareffekte sieht die GdP nach wie vor lediglich im Polizeihaushalt durch die Auflösung der Verträge mit der LBB. Die Landestochter wird sicherlich große Mühe haben, dieses Objekt einer sinnvollen weiteren Nutzung zuzuführen um finanzielle Pluspunkte für den maroden Landeshaushalt herbeizuführen. Dies befürchtet auch Ilona Volk als Verantwortliche für die Stadt Schifferstadt.

Mit der Standortschließung sind die Personalmaßnahmen aller betroffener Kolleginnen und Kollegen und der Umzug der 13. BPH nach Enkenbach-Alsenborn konkret zu planen und zeitnah zu entscheiden. Dies sind nun wichtige Themen für die GdP in den nächsten Wochen und Monaten.